

LEITARTIKEL Bund-Länder-Beratungen

## Kanzler Scholz muss das Omikron-Chaos beenden

Hört man sich in diesen Tagen im Bekannten- und Freundeskreis um, so mehrten sich überall die Krank- und Quarantänemeldungen. In der Politik sagt die CSU-Landesgruppe ihre Jahresauftaktlausur ab, im Sport agiert etwa der FC Bayern am Rande der Spielfähigkeit – gefühlt hat gerade jeder zweite Corona. Auch Geimpfte und Geboosterte werden positiv getestet. Allerdings: Dank der Impfungen gibt es oft noch nicht mal Symptome.

Aber die Inzidenzen steigen steil an. Nachdem die Feiertagsapathie vorbei und die Datengrundlage besser ist, wird klar: Auch Deutschland ist nicht immun gegen Omikron – auch wenn das Land seit Weihnachten wie das Kaninchen vor der Schlange sitzt und hofft, doch noch wegläufen zu können.

Doch das Wirrwarr ist groß vor der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz. In dieser Woche tagten bereits die Gesundheitsminister sowie die Kultusminister der Länder, auch der Expertenrat der Bundesregierung – doch noch ist bis auf die Einigung auf geänderte Quarantänepflichten nichts wirklich klar geworden. Und auch hier gibt es Einwände. So widerspricht etwa der von einer niedrigen Impfquote besonders gebeutelte sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU). Er will von lockereren Regeln nichts hören.

Was also gilt in einer Zeit, in der die Warnungen auf der Corona-Warn-App sich mehren? Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat sich seit seiner Neujahrsansprache nicht mehr öffentlich zur Lage geäußert. Um den Jahreswechsel herum machte er Mut und rief zum Impfen auf. Doch das neue Jahr hat nun begonnen, das Land steht an einem Pandemie-Scheidepunkt. FDP-Chef Christian Lindner mahnte am Donnerstag zu Vorsicht

und Aufmerksamkeit – wie schön wäre es, wenn das ausreichen würde. Der Kanzler muss jetzt deutlich machen: „Team Vorsicht“ oder „Team Augenmaß“?

So gesehen sind die Bund-Länder-Beratungen auf Chefebene am Freitag eine Chance – die Chance, Klarheit zu schaffen. Wenn sich die Ampel für einen Kurs entscheidet, der das gesellschaftliche Leben aufrechterhält, das Impfen über alles setzt und darauf vertraut, dass es gut gehen wird, dann ist das eine politische Entscheidung, die klar kommuniziert werden muss. Oder man setzt sofort schärfere Maßnahmen um. Einen schiebenden Lockdown – den braucht nun wirklich keiner mehr.

Klare Ansage braucht es auch beim schwierigen Thema Impfpflicht. Hier hat sich Scholz weit vorgewagt. Dass die Debatte im Bundestag nun zeitlich nach hinten verschoben wird, ist kein gutes Zeichen. Man brauche mehr Zeit zur Vorbereitung, heißt es aus den Ampel-Frakturen. Ein Gesetz, das dann erst im Frühling greift, wird sich auch in der Bevölkerung einer breiten Zustimmung nicht mehr sicher sein können.

Die Impfpflicht aus der Mitte des Parlaments heraus bestimmen zu wollen, ist dem Thema in seiner ethischen Dimension sicher angemessen – nicht aber dem Zeitdruck einer Pandemie. Wenn es Scholz ernst meint, dann muss er jetzt auch hier erkennbar Führung übernehmen.



KERSTIN MÜNSTERMANN

GLOSSE

## Damals beim Urknall

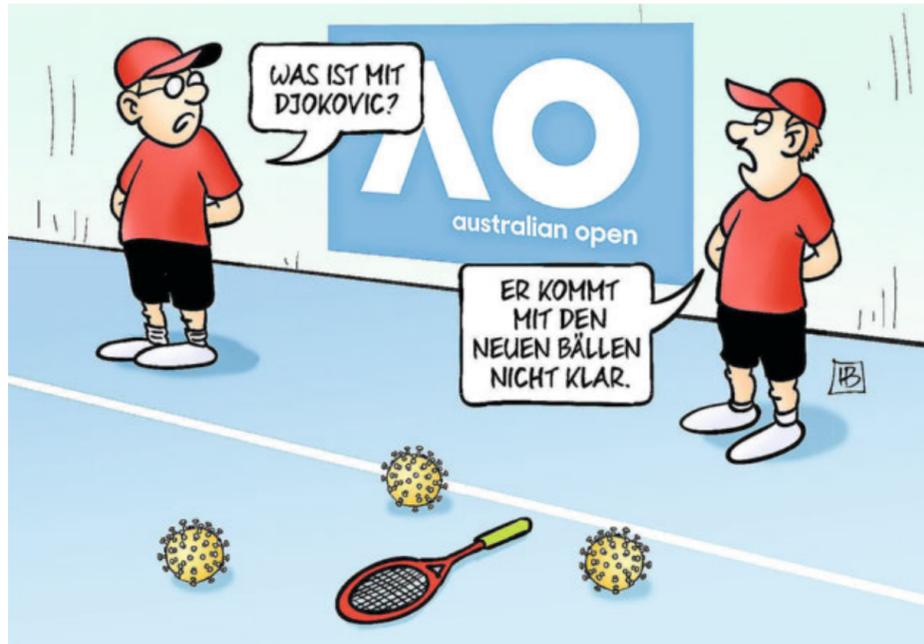
VON PIA ROLFS

Wieder nichts! Das Rätsel der Existenz bleibt ungelöst, selbst für das Kernforschungszentrum Cern. Es deutet sich jedoch an: Vermutlich sind wir ein Kollateralschaden. Eigentlich war das große Nichts fest eingeplant. Aber Materie und Antimaterie schaffen es beim Urknall irgendwie nicht, sich gegenseitig aufzuheben. Oder sie konnten sich nicht dazu verabreden, weil es noch keine Zeit gab.

Nun bleibt dieses Problem auf vielen Ebenen bestehen, sogar abends auf dem Sofa: Der Geist, also die Antimaterie, ist willig, et-

was Sinnvolles zu tun. Aber das Fleisch, die Materie, ist schwach. Und beides existiert unauf löslich nebeneinander. Die Gewichtselementarteilchen nehmen zu, gleichzeitig die antimateriellen guten Vorsätze. Ach, schwierige Existenz.

Vielleicht könnte das Universum, wo es nun schon einmal da ist, wenigstens ein paar Fragen in einfacher Sprache beantworten: Sind wir nur ein Pilotprojekt? Und wer hat damals beim Urknall gepusht? Ein Zurücksetzen und Neustart scheint jedenfalls unmöglich, da sich der Urknall heute weiträumig verteilt – denn viele haben nur einen Knall.



KARIKATUR: HARM BENGEN

ANALYSE Ex-Papst Benedikt XVI. und dem Münchner Kardinal Marx werden schwere Fehler im Umgang mit dem Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche vorgeworfen.

## Dunkle Wolken hängen über Kardinal Marx

VON CHRISTOPH RENZIKOWSKI

MÜNCHEN (kna) Über Jahre kannte die kirchliche Laufbahn für Reinhard Marx nur eine Richtung: Es ging nach oben, vom Priester zum Professor über die Bischofsweihe zum Vorsitzenden des deutschen Episkopats und schließlich Mitglied im Beraterstab von Papst Franziskus. Doch dieser Aufstieg war schon länger von Schatten begleitet.

Nun sind im Missbrauchsskandal der katholischen Kirche neue Details über das Handeln des früheren Papstes Benedikt XVI. und des Münchner Kardinals Marx ans Licht gekommen. Nach Recherchen der Wochenzeitung Die Zeit wird insbesondere Joseph Ratzinger durch das dem Blatt vorliegende Dekret eines Essener Diözesanpriesters, der nach sexuellen Vergehen an Minderjährigen 1980 nach München geschickt wurde. Ratzinger, damals Münchner Erzbischof, habe von der Sachlage gewusst und der Aufnahme von Peter H. zugestimmt. Mehrere Bischöfe, darunter auch Ratzinger, hätten „bewusst auf eine Sanktionierung der Straftat verzichtet“.

Vom 17. und 21. Januar wird die Veröffentlichung eines Gutachtens der Münchner Kanzlei Westpfahl-Spilker-Wastl zum Umgang mit Missbrauchsfällen im Erzbistum München und Freising erwartet. Es

wurde von der Bistumsleitung in Auftrag gegeben und umfasst auch die Amtszeit von Marx. Hat dieser 2010 versucht, Benedikt XVI. aus der Schusslinie der Vorwürfe herauszuhalten, und entsprechend auf andere eingewirkt? Um jenen Mann zu schützen, dem er die Beförderung zum Münchner Erzbischof und den Kardinalshut verdankt?

Marx und der Missbrauchsskandal – wie lässt sich sein bisheriges Handeln bilanzieren? Zunächst zur Habenseite: Als erster deutscher Bischof gibt er schon 2010 kirch-



Kardinal Reinhard Marx  
FOTO: BERND VON JURCZENKA/DPA

liche Personalakten zur Untersuchung durch externe Juristen frei. Der Münchner Erzbischof spricht mit Betroffenen, er äußert Erschütterung. In Kloster Ettal setzt er einen Sonderermittler ein, obwohl er für die Benediktiner kirchenrechtlich gar nicht zuständig ist.

Der nach Bayern beförderte Westfale legt 2011 in München den Grundstein für ein internationales Kinderschutzzentrum. 2020 macht der Erzbischof öffentlich, dass er einen Großteil seines Privatvermögens zugunsten von Missbrauchs-

betroffenen in eine Stiftung eingebracht hat – eine halbe Million Euro.

Im Folgejahr geht es für Marx abwärts. Mehrere Missbrauchsbetroffene, vor allem aus dem Bistum Trier, das er von 2002 bis 2008 leitete, halten ihm öffentlich schwere Versäumnisse im Umgang mit Vorwürfen gegen einen Priester vor. Daraufhin verzichtet er auf das ihm angebotene Bundesverdienstkreuz.

Noch mehr Aufsehen gibt es Anfang Juni. Da macht der Kardinal publik, dass er dem Papst seinen Verzicht auf den Münchner Bischofsstuhl angeboten hat. Er wolle damit als Amtsträger auch persönlich Verantwortung für das institutionelle Versagen der Kirche übernehmen, die an einem „toten Punkt“ angekommen sei. Franziskus lehnt nach überraschend kurzer Bedenkzeit ab.

Nur sieben Wochen später deutet Marx jedoch an, dass es demnächst eine Situation geben könnte, in der er seine Bitte dem Papst erneut vortragen müsste und stellt sich abermals zur Disposition.

Dass der damals noch unerfahrene Bischof Marx in Trier Fehler im Umgang mit Missbrauchsbetroffenen gemacht hat, ist unstrittig. Zumindest summarisch hat er das auch schon eingeräumt. Das von ihm selbst beauftragte zweite Münchner Rechtsgutachten wird darüber Aufschluss geben, ob er sich auch für sein Wirken in Bayern ab 2008 Versäumnisse zurechnen lassen muss.

PRESESSCHAU

Das „Darmstädter Echo“ schreibt zur Lage auf dem Automarkt:

Das Autojahr 2021 war alles andere als gut. Gut, dass es vorbei ist. An den Verbrauchern lag der Verkaufsrückgang nicht. Sondern an fehlender Lieferfähigkeit aufgrund der teilweise selbst verschuldeten Chipkrise. Dies hat für Käufer dazu geführt, dass Preise und Lieferfristen deutlich gestiegen sind. Gerade jetzt, wo sich der sogenannte Metahusalem-Effekt umgekehrt hat: Autofahrer werden wieder etwas jünger. Und in Pandemiezeiten haben auch junge Menschen den Vorteil dieses individuellen Fortbewegungsmittels ideologiefrei für sich entdeckt.

Die „Frankfurter Neue Presse“ blickt auf die Corona-Beratungen von Bund und Ländern:

Zwar gibt es Erkenntnisse über die Virusvariante, die für die geplante Verkürzung der Quarantäne oder Isolation sprechen. Doch unklar bleibt, wer die Einhaltung überprüft – zumal für Geboosterte oder für die kritische Infrastruktur teilweise andere Regeln gelten sollen. Es wird also bürokratisch oder ineffektiv, vermutlich beides. Und das Beispiel Großbritannien zeigt: Bei einem rasanten Anstieg der Infektionen ist das Testsystem schnell überlastet.

Die „Märkische Oderzeitung“ (Frankfurt/Oder) meint zur Omikron-Welle:

Leider wissen wir in Deutschland über Omikron und deren Besonderheiten so gut wie nichts, weil nur etwa fünf Prozent der positiven Tests einer Virusvariante zugeordnet werden. Wir wissen auch nicht, wie viele Menschen nun tatsächlich infiziert sind. Und so warnt allen voran Gesundheitsminister Karl Lauterbach vor den schlimmen Folgen der neuen Welle. Natürlich bezweckt er damit zweierlei: Er bekämpft erstens die Pandemie, denn durch die Warnungen werden die Menschen vorsichtiger und stecken sich seltener an. Lauterbach bekämpft aber auch zweitens die politischen Auswirkungen, denn in der öffentlichen Gunst sank bisher immer nur ab, wer die Entwicklung unterschätzt.

Die „Allgemeine Zeitung“ (Mainz) schreibt zur Unterstützung von Bundespräsident Steinmeier durch die Union:

Mit Serap Güler hätte die Union die ideale Gegenkandidatin präsentieren können: Ein erstes weibliches Staatsoberhaupt und ein erstes, das für alle Migranten einen Integrationsanreiz verkörpert hätte. Die SPD hat dieses Aufbruchssignal verweigert, um nicht die Grünen zum Zug kommen zu lassen. Die Union aber hat sich nicht getraut, dieses Signal zu senden, weil fortan ihre eigene Personalpolitik an einer solchen Kandidatin gemessen worden wäre.

Produktion dieser Seite:

Martin Wittenmeier, Michaela Heinze  
Oliver Spettel

RÜCKBLENDE

Was geschah am 7. Januar?

2021 Nach der gewaltsamen Erstürmung des US-Parlamentssitzes bestätigt der Kongress den Sieg des Demokraten Joe Biden bei der Präsidentschaftswahl endgültig.

2020 Die konservative ÖVP und die Grünen bilden in Österreich eine neue Bundesregierung. Bundespräsident Alexander Van der Bellen vereidigt das Regierungsteam unter Bundeskanzler Sebastian Kurz.

2007 Unmittelbar vor der feierlichen Amtseinführung erklärt der wegen Geheimdienst-Kontakten belastete neue Warschauer Erzbischof Stanislaw Wielgus seinen Rücktritt.

2002 Der französische Modeschöpfer Yves Saint Laurent tritt nach über 40-jähriger Karriere ab und feiert am 22. Januar in Paris seinen Abschied.

1995 Mit einem feierlichen Gottes-



„YSL“ tritt ab: Vor 20 Jahren hat Modeschöpfer Yves Saint Laurent seine Karriere beendet.  
FOTO: DPA

dienst wird in Hamburg nach 1150 Jahren wieder ein Erzbistum errichtet und der neue Erzbischof Ludwig Averkamp in sein Amt eingeführt.

1992 Bei Zagreb wird ein mit EU-Beratern besetzter italienischer Hubschrauber von einem jugoslawischen Kampfflugzeug abgeschossen. Vier Italiener und ein Franzose kommen ums Leben.

1979 Das Terror-Regime der Roten Khmer in Kambodscha bricht zusammen. Die Hauptstadt Phnom Penh wird von vietnamesischen Truppen eingenommen.

1937 Die niederländische Thronfolgerin Prinzessin Juliana heiratet den deutschen Prinz Bernhard in Den Haag.

1927 Zwischen New York und London wird über ein am Meersboden verlegtes Kabel das erste transatlantische Telefongespräch geführt.

geburtstage

1982 Hannah Stockbauer (40), deutsche Schwimmerin, mehrfache Welt- und Europameisterin, Sportlerin des Jahres 2003.

1979 Christian Lindner (43), deutscher Politiker, Bundesfinanzminister seit 2021, FDP-Vorsitzender seit 2013.

1967 Nick Clegg (55), britischer Politiker, stellvertretender Premierminister 2010-2015, Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei 2007-2015.

1912 Günter Wand, deutscher Dirigent, Chefdirigent des NDR-Sinfonieorchesters 1982-1990, gest. 2002.

1502 Gregor XIII., Papst, Amtszeit 1572-1585, führte 1582 eine Kalenderreform durch, der gregorianische Kalender ist nach ihm benannt, gest. 1585.

todestage

2017 Mário Soares, portugiesischer Politiker, Staatspräsident 1986-1996, geb. 1924.

1992 Gerhard Joppich, deutscher Kinderarzt, Pionier der Schluckimpfung gegen Polio in Deutschland, geb. 1903.

Trierischer Volksfreund

Gegründet 1875 von Nikolaus Koch

Verlag:  
Trierischer Volksfreund Medienhaus GmbH  
54294 Trier, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8,  
PF 3770, 54227 Trier  
Leser-Service 06 51/71 99-0  
Leser-Fax 06 51/71 99-9 90  
Abo-Service 06 51/71 99-998  
Abo-Fax 06 51/71 99-9 78  
Anzeigen-Service 06 51/71 99-999  
Anzeigen-Fax 06 51/71 99-5 90  
Internetadresse: www.volksfreund.de  
E-Mail Redaktion: redaktion@volksfreund.de  
E-Mail Verlag: kontakt@volksfreund.de

Geschäftsführer:  
THOMAS DEICKE, THOMAS MARX

Verlagsleiter:  
RÜDIGER KRUPPA

Chefredakteur: THOMAS ROTH

Stellv. Chefredakteur: Peter Reinhart

Chef vom Dienst: Alexander Houben

Newsmanagement: Marek Fritzen, Alexander Houben, Inge Kreutz, Peter Reinhart, Thomas Roth  
Reporterchef: Lars Ross, Rebecca Schaal (Stellv.)  
Digitaldesk: Johanna Heckelej  
Printdesk: Marcus Hormes, Ralf Jakobs (Stellv.)

Verantwortliche Redakteure:  
Birgit Markwitan (Magazine)  
Ralf Jakobs (Redaktionsmanagement)

Chefreporter: Katharina de Mos, Rainer Neubert,  
Rolf Seydewitz, Bernd Wientjes

Berliner Büro: Kerstin Münstermann, Werner  
Kolhoff

Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Rüdiger Kruppa

Zeitungszustellung: TV-Logistik GmbH

Bezugspreise: Die Zeitung erscheint täglich außer an Sonntagen und mit einer Doppelausgabe an den Feiertagen und kostet monatlich 43,55 Euro einschließlich Zustellerlohn, Postvertriebsstück: Inland monatlich 48,20 Euro. Ausland monatlich 70,10 Euro. Alle Preise verstehen sich einschließlich 7 % Mehrwertsteuer.  
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten. Bei Nichterscheinen in Folge höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung, Störung usw. kein Anspruch auf Entschädigung.  
Eine Abbestellung des Abonnements kann nur schriftlich beim Verlag mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende erfolgen.

Gültig ist die Anzeigenpreisliste Nr. 66 vom 1. Januar 2022. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Druckerei:  
Saarbrücker Zeitung Medienhaus GmbH, 66117 Saarbrücken, Untertürkheimer Str. 15